

Erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 M. viertel-
jährlich.

Sattler-

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederverwareindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 47 .: 25. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 18, Bräun-
straße 106 .: Telefon: Amt IV, 2120

Berlin, den 24. November 1911

Inhalt: Beitragszahlung. — Arbeitslöhne und Teuerung.
— Die Gefängnisarbeit und der Oberstaatsanwalt. — Aus-
industrie und Handel. — Korrespondenzen. — Soziales.
— Rundschau. — Bekanntmachung des Zentralvorstandes. —
Briefkasten der Redaktion. — Sterbetafel. — Bücherchau.
— Versammlungskalender. — Anzeigen.

Für die Woche vom 26. Nov. bis 2. Dezbr.
ist der 15. Verbandsbeitrag fällig. Wer länger
als fünf Wochen mit seinen Beiträgen im
Rückstand ist, kann keinerlei Unterstützung aus
der Verbandstafel erhalten.

Arbeitslöhne und Teuerung.

Es ist ganz selbstverständlich, wenn jetzt
mehr als sonst die Arbeitslöhne mit der Teue-
rung aller wichtigen Lebensmittel in engstem
Zusammenhang gebracht werden und der Ur-
sache der herrschenden Mißere nachgegangen
wird. Wie wir des öfteren schon nachgewiesen
haben, ist es verfehlt, die leistungsmäßige Dürre
für den Notstand des Volkes verantwortlich zu
machen. Denn die Kolonialwaren, wie Roh-
zucker, Stärke, Reis usw. haben doch nicht unter
der Mißernte zu leiden gehabt. Auch im deut-
schen Körnerbau sind die Erträge gesteigen,
wenn auch Gemüse und Futtermittel in manchen
Landesteilen schlecht geraten sind, infolgedessen
wegen der Notchlachtungen das Fleisch billiger
geworden sein müßte. Aber nichts von alledem.
Darin muß die Lebensmittelteuerung doch noch
andere Ursachen haben. Wir sind zu dem Resultat
gekommen, daß in der Hauptsache unsere
ganze Zoll- und Liebesgabenpolitik diese Volks-
plage verschuldet. Anders unsere christlich orga-
nisierten Freunde. Ihr führendes Organ, das
„Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften
Deutschlands“, erklärt rund und nett heraus,
die hohen Arbeitslöhne verschul-
den die jetzige Lebensmittelteue-
rung. Als wir in der Nr. 21 vom 16. Ok-
tober 1911 Seite 322 lasen:

„Verteuerung für die landwirtschaftliche Pro-
duktion wirken alsdann der Seuchenschutz sowie
die veterinär-polizeilichen Vorschriften für Vieh
und Fleisch, nicht zuletzt jedoch auch die Erhöhung
der landwirtschaftlichen Arbeiterlöhne. Inten-
sivere Wirtschaft und Viehzucht ist nur möglich
mit geschultem Personal...“
dann weiter:

„Ganz besonders in der Viehhaltung hat
sich ein vollständiger Umschwung vollzogen. Während
früher dieselbe fast ausschließlich durch weibliches
Personal besorgt wurde, liegt sie jetzt in den
größeren Betrieben in den Händen der Vieh-
schweizer, die immerhin ganz erheblich höhere
Löhne beanspruchen als die früheren Dienst-
mägde...“

glaubten wir, irgendein hinterpommersches
Kreisblattchen vor uns zu haben, aber nicht eine
Zeitschrift, die da vorgibt, berechnete Arbeiter-
forderungen zu vertreten. Wir erinnerten uns,

ähnliches schon gelesen zu haben, und siehe, wir
haben uns nicht getäuscht, sondern erneut eine
Veltätigung dafür gefunden, daß die christlichen
Gewerkschaften tanzen müssen, wie das Zentrum
pfeift.

Anlässlich des welttätigen Parteitagess der
Zentrumspartei fand am 24. September 1911
am Fredenbaum in Dortmund eine Zentrums-
paradaversammlung statt, in welcher der Zen-
trumsabgeordnete Sittard-Naden nach dem Be-
richt der „Tremonia“ u. a. sagte:

„... Die gestiegenen Lohnansprüche der Ar-
beiter, der Angestellten, der Gesellen beim Handwerk,
die höheren Ansprüche an das Leben, die erhöhte Teil-
nahme am öffentlichen Leben, an den Vergnügungen
müssen unbedingt verteuert auf die ganze
Lebenshaltung einwirken. Und wie die einen mit
der Hände Arbeit, so wollen die anderen natur-
gemäß aus ihren gewerblichen oder landwirtschaft-
lichen Produkten mehr heraus schlagen. Die
steigende Teuerung hängt naturgemäß mit den
höheren Ansprüchen an das Leben zusammen.
(Sehr wahr!) Das ist die Ursache der allge-
meinen Teuerung, an der wir nichts werden ändern
können, deren Verminderung ein jeder selbst in
der Hand hat, indem er sich freiwillig bescheidenere
Grenzen in seinen Anforderungen an das Leben
setzt.“

Der kurze Sinn der langen Rede ist: Weil
es den Arbeitern zu gut geht, deshalb geht es
ihnen so schlecht.

Die Arbeiter sollen auf ihren gerechten
Lohn, auf höhere Ansprüche an das Leben, auf
Vergnügen, die das Leben bietet, verzichten,
dann geht es den Arbeitern wieder besser.

Das ist die ganze Zentrumsweisheit! So
löst das Zentrum die soziale Frage!

Es ist zu augenfällig, wie das leitende
Organ christlicher Gewerkschaften sich mit den
Ausführungen des Herrn Sittard identifiziert.
Wir bedauern die christlichen Agitatoren, die
solchen Kohl, von ihnen durch- und wieder-
gekauft, den christlich organisierten Arbeitern
vorsetzen müssen. Ist doch die Schlussfolgerung
dieser patentwerten Ansicht, daß die christlichen
Arbeiter in aller Zukunft nicht mehr höhere
Löhne verlangen dürfen, um nicht eine weitere
Steigerung der Teuerung herbeizuführen.
Denn wenn die Löhne zu hoch werden, dann
sterben eben dieselben Lohnempfänger des
Hungertodes. Da müßte man doch den Christen
gleich die Löhne um 50 Proz. reduzieren, dann
hört die Teuerung ganz von selber auf.

Mit Recht fürchtet das leitende Organ im
christlichen Blätterwalde, diese Logik dürfte sehr
wenigen seiner Anhänger einleuchten, eher wird
sie der knurrende Magen rebellisch machen.
Leiden sie doch unter der Teuerung im selben
Maße wie die Freiorganisierten. Was liegt
auch für sie näher und greifbarer, als wie durch
Lohnforderungen einigermaßen einen Ausgleich
ihrer vermehrten Ausgaben für notwendige
Lebensmittel zu schaffen. Doch nach Ansicht des
Zentrumsblattes christlicher Gewerkschaften
darf es dazu nicht kommen. Denn da müßten ja

die mit dem Zentrum zum Faselblock koalitierten
Parteien bezw. deren Angehörige den Arbeitern
Konzessionen machen, sie müßten einen, wenn
auch winzigen Teil ihres Profits den Arbeitern
geben. Dagegen wehren sich die Herren vom
Kraut und Schlot mit Händen und Füßen. Sie
wollen uneingeschränktes Ausbentungsrecht be-
halten. Wenn nun jetzt, so kurz vor den Reichs-
tagswahlen, die christlichen Arbeiter Lohnfor-
derungen stellen, so könnte mancher Mißhandel im
Rheinland und in Schlesien in die Brüche gehen,
das Zentrum könnte geschwächt werden. Dies
zu verhindern, geben sich Zentrumsabgeordnete
her, die im Nebenamt besoldete Gewerkschafts-
führer sind. Sie stehen noch genau auf dem-
selben Standpunkt wie Herr Wiesberts, der
im Dezember 1900 in einer Versammlung des
Rheinischen Bauernvereins in Köln erklärte:
„Die Arbeiter bezahlen gern die
paar Pfennige mehr für das Brot,
wenn nur der Landwirtschaft ge-
holfen wird.“

Ist es nicht mehr als beschämend, wenn das
Zentralblatt christlicher Gewerkschaften in der
Antwort auf die Frage: „Wie kommen
wir über die teuren Zeiten hin-
weg?“ sich u. a. wie folgt äußert:

„Es kann gar kein Zweifel darüber herrschen,
daß der Lebensstand der Arbeiterfamilien außer-
ordentlich schwer beeinflusst wird. Wenn dem
früheren Steigen der Preise bis zu einem gewissen
Grade Verbesserungen des Einkommens zur Seite
stünden, so kann es als ausgeschlossen gelten,
daß für diese anormale Teuerung überall ein Ausglei-
ch durch Erhöhung der Löhne geschaffen
werden könnte.“

Anstatt die Gewerkschaftsmitglieder auf die
eigentlichen Aufgaben der Gewerkschaften auf-
merksam zu machen, werden die christlich orga-
nisierten Arbeiter auf die „Humanität“ volkwirt-
schaftlich denkender Arbeitgeber hingewiesen:

„Unter dem moralischen Druck der Teuerung
wird es vielleicht gelingen, humane volkwirt-
schaftlich denkende Arbeitgeber zu bestimmen, vor-
übergehende Teuerungszulagen oder einen höheren
Lohn zu zahlen.“

Diesen Beschwichtigungsversuch wagt ein
Arbeiterblatt zu machen, welches doch weiß, daß
die Unternehmer gegen „Pitten“ um Lohn-
erhöhung sich gern taub stellen. Aber vielleicht
hat die Schriftleitung des „Zentralblattes“ die
Vorgänge der letzten Maiwoche 1911 vergessen,
weswegen wir gern bereit sind, ihr Gedächtnis
etwas aufzufrischen.

Bekanntlich lehnten die Zentrumsgewerk-
vereinsstrategen bei der Lohnbewegung ein ge-
meinsames Vorgehen mit den anderen Ver-
bänden ab, u. a. mit der Begründung, die Kon-
junktur sei nicht günstig, reichten dann aber eine
Pittenschrift ein, worin gebeten wurde, die
Löhne doch etwas zu erhöhen und den Arbeitern
einige Vertreter zu gestatten, um etwaige (!)
Beschwerden gegen den Zeichenarbeitsnachweis

mit unterrichten zu können. Nach dem Protokoll bemerkte dazu der Geschäftsführer des Zechenverbandes, Herr v. Löwenstein, bittig:

„Dieser Schritt in dem Gewerkeverein ist verhängnisvoll geworden! Denn der Gewerkeverein hätte eigentlich wissen sollen, daß in der Zielangabe des Zechenverbandes bezüglich der Verhandlungsfrage mit den politischen Arbeiterorganisationen seines Landes bislang noch keine Änderung eingetreten ist.“

Zu der Bitte, die Löhne doch etwas zu erhöhen, sagte Herr v. Löwenstein voller Bitterkeit:

„Es ist nicht anzunehmen, daß dem christlichen Gewerkeverein die damaligen Lohnverhältnisse wie die Marktlage unbekannt gewesen sind. In der Nummer des „Vertragnapfen“ vom 1. April rühmt sich wenigstens der Gewerkeverein, die allgemeine wirtschaftliche Lage richtig beurteilt zu haben. Wenn aber der Gewerkeverein im April 1911 die Situation so richtig überfah, dann hat er auch schließlich Ende 1910 die Lage beurteilen müssen, und es ist eigentlich nicht zu verstehen, weshalb er, anstatt auffähernd zu wirken, erneute unerfüllbare Forderungen vorbrachte bei seinen Mitgliedern erweckte.“

Das ist bitter! Aber es kommt noch bitter! Herr v. Löwenstein fährt fort:

„Dann mußte der christliche Gewerkeverein sich sagen — und das ist schließlich der größte Vorwurf, den ihm seine Freunde (Ei, er, wer sind denn diese Freunde? Die Med.) machen können — daß in demselben Augenblick, in dem seine Eingabe bekannt wurde, sein alter Gegner, der sozialdemokratische Verband, nun auch seinerseits mit Forderungen an den Zechenverband herantreten werde, die die Wünsche des Gewerkevereins stark in den Schatten stellen würden. Das ist denn auch mit der bekannten maßlosen Forderung einer 17prozentigen Lohnerhöhung geschehen.“

Das ist also der Dank für all das Liebeswerben der Zentrumsamerikastategen um die Zechenarbeit. Man sagt ihnen: Ihr seid Gier, halt auffähernd zu wirken, erweckt ihr erneute unerfüllbare Forderungen bei Euren Mitgliedern und betragt damit die Geschäfte des Verbandes.

Dies werden die Beweggründe sein, weshalb das christliche Gewerkevertragsblatt zur Zertretung von Arbeiterinteressen, anschließend an den Appell an die Humanität der Unternehmer, ihnen mit einer Ausrede aus der Klemme helfen will, indem es fortfährt:

„Andererseits muß jedoch betont werden, daß einzelne Industrien wohl kaum in der Lage sind, die Löhne so zu erhöhen, daß ein völliger Ausgleich in der Lebenshaltung der Arbeiter erfolgt.“

Wir begreifen das zentralistische Gewerkevertragsblatt ganz gut, da es ihm bei seinem Eiertanz wie dem „Lappes“ geht, der mit keinem edelsten Körperteil das immer wieder umflößt, was er mit den Händen angefaßt hat. Aber so dumm schägen wir die christlich organisierten Arbeiter doch nicht ein, als seien sie mit dem Geschreibsel ihres führenden Organs einverstanden und durchschauen nicht die Vertuschungspolitik, die christliche Gewerkevertragsführer wegen des Zentrums zu treiben gezwungen sind. Heber kurz oder lang wird es auch ihnen wie Schuppen von den Augen fallen, sie werden sich vom Gängelbände des Zentrums befreien und Schulter an Schulter mit den Freigewerkevertragsvereinen gegen jede Volksauspöndelung, gegen Liebesgaben, gegen Brotwunder, für eine bessere Entlohnung, für Freiheit und Brot kämpfen und siegen.

Woher kommt es denn aber, daß ihr, die ihr unsere Ideen teilt, unsere Ansichten und Bestrebungen mit eurer Sympathie begleitet, daß ihr noch nicht eingezogene Mitglieder seid?

E, ich kenne den altbekanntesten Grund dieser Erscheinung wohl! Man flößt Weisheit, Sympathie, aber man läßt gewähren und behält sich vor, an den Früchten der Bewegung teilzunehmen, die andere mit ihren Kräften erarbeitet haben werden! Ich frage aber euch: Ist das ein männliches, ist das eines Arbeiters würdiges Benehmen? Welches ist der Unterschied zwischen einem Arbeiter und einem Schmarober, wenn nicht der, daß letzterer von fremder Arbeit leben und da ernten will, wo er nicht geerntet hat? ... Euch also, die ihr nicht von fremder Arbeit leben wollt, und da ernten, wo ihr nicht geerntet, euch die ihr mit eurem Weisheit und Affirmation begleitet, euch ermahne ich zur Scham!

Ferdinand Lassalle.

Die Gefängnisarbeit und der Oberstaatsanwalt.

Veranlaßt durch das Vorgehen unserer Zentralverbandes hatte sich die Handwerkskammer zu Magdeburg beschwerdeführend an die Gewerkschaftsleitung gewandt, zwecks Abstellung der Arbeitsstände, welche durch die von der Freibriemennfirma Koeber in Ruckau bei Magdeburg in Anspruch genommenen Gefangenenarbeit herbeigeführt worden sind. Die angegangene Gewerkschaftsleitung hat die Beschwerde an den Oberstaatsanwalt zu Raumburg a. d. S. weitergegeben, welcher zu folgenden hochweisen Bescheid gekommen ist.

Der Oberstaatsanwalt.

N 34 C. St. a 3016.

Raumburg a. S., den 7. November 1911.

Auf das Schreiben vom 2. November d. J.

Das dem aufliegenden Best wolle die Handwerkskammer ersehen, daß eine Schädigung der Sattler aus der Beschäftigung von Gefangenen für Koeber auch im demselben nicht eintritt, weil nach der Erklärung des Koeber in dem Schreiben vom 22. August 1911 — Bl. 3 r. — die von den Gefangenen gefertigten Arbeiten nicht nur von Sattlern, sondern von jedem Arbeiter gemacht werden können.

Die aus dem in Abschrift beiliegenden Vertrage zu ersiehenden Löhne sind m. E. so hoch, daß in Anbetracht der geringen Leistungsfähigkeit der Gefangenen dadurch ein schädlicher Wettbewerb für freie Arbeiter nicht eintreten kann.

Ich bedauere daher, der Beschwerde keine Folge geben zu können. Die Anlagen bitte ich mit zurückzufahren.

ges. Unterschrift.

Bekanntlich ist die Staatsanwaltschaft die objektive Behörde der Welt, eine Zweifel daran wäre ein Majestätsverbrechen an der dreimal abgeteilten Justiz. Wie kann sich eine Handwerkskammer auch erdienen und meinen, durch die Beschäftigung von Staatspensionären auf Treibriemennarbeit, bei einer Vergütung von 3-4 Mk. pro Tag, werden die die goldene Freiheit genießenden Sattler geschädigt. Herr Koeber, derselbe Herr, der die Gefangenenarbeit nicht aus Profitstucht, sondern nur aus reiner Menschlichkeit in Anspruch nimmt, damit die Traillensritter nicht in Langeweile erkranken, Herr Koeber erklärt, ein schädigender Wettbewerb für freie Arbeiter tritt dadurch nicht ein. Dem Oberstaatsanwalt genügt die Erklärung des Profitinteressenten vollumf. Er braucht es nicht zu wissen, viel weniger sich danach zu erkundigen, daß Herr Koeber eine größere Anzahl der bei ihm beschäftigt gewesenen Treibriemennarbeiter entlassen hat und an deren Stelle jetzt noch mehr Gefangene beschäftigt. Wenn der Oberstaatsanwaltschaft solche Mitteilungen von einem Gewerkschaftsbeamten zugehen, dann zwingt sie sein Gewerkeparagraf, einen „unbekannten Sattlergesellen“ Gehör zu schenken. Wenn die Treibriemennarbeiter beschäftigungslos mit Weib und Kind hungern müssen, brauchen sie ja nur in Magdeburg sich eines Eigenumbelittes schuldig zu machen und für sie ist gesorgt. Ihre billigere Arbeit schädigt ja dann nicht mehr den Wettbewerb für freie Arbeiter.

Was geniert eine Oberstaatsanwaltschaft der Notjahre eines Treibriemennfabrikanten in seinem Verbandsorgan, was die Stellungnahme der organisierten Treibriemennfabrikanten Deutschlands, die schwer unter der Konkurrenz Koeberischer Fabrikate zu leiden haben. Herr Koeber erklärt, die Gefangenenarbeit habe keinen Einfluß darauf, dann wird es auch so sein, meint der Oberstaatsanwalt zu Raumburg. Bereits in unserem Artikel: „Die Frage der Gefängnisarbeit“ in Nr. 40, 1911, haben wir gesagt und wiederholen nochmals: Ohne uns irgendwelcher prophetischer Gabe zu rühmen, geträut auf unsere Kenntnisse des Verwaltungsbureaustatismus, behaupten wir schon heute, daß weder von den Gefängnisverwaltungen, noch von der Oberstaatsanwaltschaft irgend befördernde Remedur in unserem Sinne auf dem Gebiete der Gefängnisarbeit, insbesondere eine Einschränkung derselben, soweit sie löschend auf die freien Arbeiter wirkt, geschaffen wird. Hier müssen andere Mittel und Wege eingeschlagen werden, und zwar wird es Aufgabe der sozialdemokratischen Fraktionen in den einzelnen Landtagen, in erster Linie im preussischen Unterparlament, sein, bei Beratung des entsprechenden Kapitels die Forderungen der Arbeiter zu vertreten und sie vor Lohndrückereien und Entlassungen durch Inanspruchnahme von Gefängnisarbeit zu schützen.

Nachmals machen wir darauf aufmerksam, daß der Zentralverband bestimmt erwartet, daß ihm von den Ortsverbänden mitgeteilt wird, ob und in welchem Umfang Unternehmer in Gefängnissen und Zuschläusern arbeiten lassen, um unseren Freunden in den einzelnen Parlamenten einschlägiges Material überweisen zu können.

Aus Industrie und Handel.

Abkloppverhältnisse für Leder- und Sattlerwaren in Kuba. Sattlerwaren werden teils in Kuba fabriziert (Sättel, Zummengen, Riemen), teils von den Vereinigten Staaten aus eingeführt (elegantere Ledertaschen, wie Handtaschen, Woffler usw.). In letzter Zeit sind jedoch von Deutschland aus Preis-, Qualitäts-, kleinere Reizeffekte und Gamafäden eingeführt worden. — Bei der zunehmenden Beliebtheit der amerikanischen Waren in Kuba und in Anbetracht der schnelleren Lieferung der bestellten Güter ist nicht anzunehmen, daß die Einfuhr von Leder und Lederwaren aus Deutschland in nächster Zeit wesentlich vermehrt werden kann.

Die Fusion der beiden Dresdener Waggonfabriken von Lutz und Hofmann ist in den eigens zu diesem Zwecke einberufenen Generalversammlungen der beiden Aktiengesellschaften beschlossen worden. An der Lutz-Versammlung beteiligten sich 84 Aktionäre mit 10 456 Stimmen und 5883 Stammaktien und 1873 Vorzugsaktien. Nach lebhafter Aussprache, die sich zum Teil gegen die Anträge der Direktion richtete, wurde dem Beschluß mit 5782 gegen 4644 zugestimmt. — Die Generalversammlung der Hofmann hat sich mit der „Interessengemeinschaft“ ebenfalls einvertrauen erklärt. Nach einem weiteren Beschluß in beiden Generalversammlungen haben Vorstand und Aufsichtsrat das Recht, bei Anfechtungsklagen oder Klagen der Gründer die nötigen Schritte zu tun, um den Vertrag teilweise durchzuführen; bei einem Erfolge der Klagen soll die Leistung berechtigt sein, geschlossene Verträge wieder aufzuheben. Die endgültige Entscheidung darüber, ob die Verschmelzung vor sich geht, liegt jetzt in der Hand des Gerichts.

Frankfurter Karosserie- und Luxuswagenbauwerke Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Unter dieser Firma ist eine mit dem Sitz in Frankfurt a. M. errichtete G. m. b. H. in das Handelsregister eingetragen. Gegenstand des Unternehmens ist der Bau und die Lieferung von Karosserien und Luxuswagen jeglicher Art, sowie die Ausführung aller einschlägigen Arbeiten. Das Stammkapital beträgt 20 000 Mk. Geschäftsführer sind die Herren Kaufmann Friedrich Schmitt, Wagenbauer Johann Schubel, beide zu Frankfurt a. M.

Korrespondenzen.

Münchberg. (E. 14. 11.) Am 17. Oktober tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung im „Felsenkruge“, in der Genosse Besolowsky einen Vortrag über: „Aufgaben und Ziele der freien Gewerkschaften“ hielt. Der Vortrag wurde mit großem Erfolg aufgenommen. Eine Diskussion fand nicht statt. Zum Punkt 2 gab Kollege Dietrich den Kassenbericht, der von den Kassieren geprüft und für richtig befunden war. Nachdem noch Kollege Dietrich über die Tätigkeit und Agitation der Verwaltung berichtet hatte, waren alle Kollegen mit der geleisteten Arbeit zufrieden und erkannten auch die Schwierigkeiten an, die sich oft der Verwaltung in den Weg stellen. Darauf wurde dem Kollegen Dietrich Entlastung erteilt. Zum Punkt „Verschiedenes“ wurde noch die Abhaltung eines Wintervergügens in Anregung gebracht. Es wurde ein Komitee von vier Kollegen gewählt, welches die nötigen Schritte dazu tun sollte.

In unserer letzten Mitgliederversammlung am 7. November im „Felsenkruge“ hielt Kollege Dietrich einen Vortrag über: „Die bevorstehende Stadtverordnetenwahl und die Gewerkschaften“. Dann wurden noch verschiedene Verbandsangelegenheiten erledigt. Drei Kollegen traten dem Verbands bei.

Dresden. (E. 18. 11.) Am 14. November fand im Volkshaus eine gut besuchte Versammlung statt. Im ersten Punkt gab der Kassierer die Abrechnung vom 3. Quartal. Kollege Berndt führte aus, daß die Beiträge sehr gut eingegangen sind, so daß in diesem Quartal die höchste Einnahme seit Führen der Jahressumme zu verzeichnen ist, trotzdem die Mitgliederzahl etwas zurückgegangen ist. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, daß in der Militärbrande zurzeit keine Kollegen beschäftigt sind. Die Aussperrung der Metallarbeiter, an welcher 26 Kollegen beteiligt waren, kostete dem Verband hier über 900 Mk. Dem Kassierer wurde einstimmig Decharge erteilt. Nunmehr hielt Genosse Bauermeister einen Vortrag über: „Soziale Poetik“ mit Rezitationen. Der Redner vertrat es, nahezu zwei Stunden die Kollegen durch seine Vorträge zu fesseln und erzielte am Schluß reichen Beifall. Unter „Verschiedenes“ fand ein Antrag der Verwaltung, den Kollegen Dietrichmann wieder in den Verband aufzunehmen, einstimmige Annahme. Am Schluß forderte der Vorsitzende die Kollegen nach auf, sich an den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen zu beteiligen und vor allem bei den kommenden Reichstagswahlen kräftig mitzuarbeiten.